Nach Nanterre

Autor(en): **Scheuer, Georg**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **49 (1970)**

Heft 3

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-338230

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Georg Scheuer

Nach Nanterre[1]

Der 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Frankreichs im Februar 1970 war ein Ereignis in zweifacher Hinsicht. Die KPF ist die relativ stärkste Partei Frankreichs. Ihre Beschlüsse sind somit für die französische Innen- und Aussenpolitik von erheblicher Bedeutung. Ausserdem ist die KPF eine der stärksten Sektionen der internationalen kommunistischen Bewegung, die zahlenmässig stärkste KP im «kapitalistischen Westen» und zugleich – zum Unterschied insbesondere von der KP Italiens – eine der konservativsten und gegenüber der Kremlführung «folgsamsten» Parteien.

Eine Analyse der Thesen und Beschlüsse des 19. Parteitages der KPF muss also diese beiden Aspekte in Betracht ziehen. Tatsächlich hatte sich der Kongress in Nanterre mit den Fragen der zwei grossen Ereignisse auseinanderzusetzen, die seit dem 18. Parteitag (1967) Frankreich erschütterten:

1. Die innenpolitischen Stürme und die Wachtablösung im Elysée,
2. die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei.

Beide Ereignisse treffen in ihren Ausstrahlungen hier in einem Brennpunkt zusammen. Die Abgrenzung der KPF von der sowjetischen Praxis in Prag öffnete erstmalig einen schmalen Spalt auf die Möglichkeit einer «Liberalisierung» der KPF. Das war und bleibt der Sinn der vom bisherigen Parteiphilosophen Roger Garaudy vorgeschlagenen Reformen, entwickelt in seinem Werk «Die grosse Wende des Sozialismus». Die Verurteilung des Reformanhängers durch den 19. Parteitag hat aber die Hoffnung auf eine «Normalisierung» der KPF wieder stark gemindert.

Die tschechoslowakische Augustkrise . . .

Die Krise der Kommunistischen Internationale infolge des sowjetischen Einfalls in die Tschechoslowakei entwickelte sich in der KPF parallel zu der bereits durch die französischen Mai-Ereignisse hervorgerufene Krise.

Am 21. August 1968 hatten die Führer der KPF unter dem Eindruck des sowjetischen Einmarsches in der Tschechoslowakei zum erstenmal ihre «Meinungsverschiedenheit» mit einer Entscheidung des Kreml bekanntgegeben. Weiter ist das ZK der KPF seither nicht gegangen. Im Gegenteil, die Kritik wurde abgeschwächt. Eine gründliche Diskussion der Ursachen und Folgen des sowjetischen Vorgehens wird von der KPF-Führung nach wie vor abgelehnt. Wohl wurden die «Änderungen,

[1] vgl. «Profil» 1/70, S. 51 ff.

die im Jänner 1968 in der Tschechoslowakei erfolgten» von der KPF gelegentlich als «gerechtfertigt» und «positiv» bezeichnet. Auf die Liquidierung dieser Änderungen durch den sowjetischen Einmarsch und die fortschreitende Gleichschaltung will die KPF-Führung aber nicht eingehen.

Man ersieht daraus, wie sehr die KPF noch von stalinistischen Traditionen durchdrungen ist, und vor allem, wie sie immer noch an die Entscheidungen des Kreml gebunden bleibt. Sie begründet es mit «internationalen Verpflichtungen». Die KPF unterscheidet sich dabei wesentlich von den kommunistischen Parteien Italiens und Spaniens, die sich über die Prager Ereignisse weitaus klarer ausgesprochen haben.

Gegen das zweideutige Verhalten des französischen Politbüros zur sowjetischen Invasion in der Tschechoslowakei entstand in der KPF eine «liberale» Opposition unter der Führung von Roger Garaudy, Leiter des kommunistischen Centre d'Etudes et de Recherches Marxistes (CERM). Der 19. Parteitag im Februar 1970 schloss den Parteiphilosophen und «Ketzer» aus dem ZK und aus dem Politbüro aus. Wenn die KPF mit einem Ausschlussverfahren so lange zuwartete, so durchaus nicht aus «Liberalismus» oder «Toleranz», sondern im Hinblick auf die «einheimische» Krise und das Entstehen einer starken internen Opposition schon vor August 1968. Der «Prozess» gegen Garaudy hat jedenfalls begonnen.

... stärkt die reformkommunistische Fronde

Das Vorspiel ging schon im Oktober 1969 in Ivry, der kommunistischen Hochburg bei Paris, über die Bühne. Garaudys Erklärung auf dieser Sitzung des ZK der KPF wird als sein «Schwanengesang» betrachtet: «Die Moskauer Junikonferenz der kommunistischen Parteien gab keine Antwort auf die grundlegenden Probleme der kommunistischen Bewegung. Wir müssen darüber diskutieren und den Dingen auf den Grund gehen.»

Garaudy war schon am 21. Oktober 1968 wegen seiner Äusserungen über den sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei vom Politbüro «getadelt» und dann wegen seiner kritischen Äusserungen über die Moskauer Junikonferenz dieses Jahres «verurteilt» worden. Nichtsdestoweniger wiederholte er auf der ZK-Sitzung Mitte Oktober 1969 seine Meinung, laut welcher ein von der KPF in Frankreich eingeführter «Sozialismus» sich von den derzeitigen tschechoslowakischen Zuständen grundlegend unterscheiden müsse.

Man ersieht daraus die enge Verbindung der tschechoslowakischen mit aktuellen französischen Problemen. Zum Unterschied von anderen kommunistischen Parteien gilt die KPF schon durch ihr spezifisches Gewicht als eventuelle Kandidatin für eine Regierungsbeteiligung; schon unter General de Gaulle war sie ja in den vierziger Jahren durch

Minister und Staatssekretär in der französischen Regierung vertreten. Auch jetzt fordert sie von den demokratischen Linksparteien immer wieder die Ausarbeitung eines gemeinsamen Regierungsprogramms. Ihre Abgrenzung von den sowjetischen Methoden hätte also nicht nur theoretische, sondern eminent praktisch-aktuelle Bedeutung. Dennoch weigert sich die KPF-Führung, diesen Schritt zu tun.

Gauraudys reformkommunistische Meinung wurde im KPF-Zentralorgan «Humanité» nur in Bruchstücken wiedergegeben, führte aber zu einer Reihe von «Anklagereden» der KPF-Führer. Die alte Garde des Stalinismus lief in Ivry Sturm gegen Garaudy. Die jüngere Generation des Politbüros – Roland Leroy, Paul Laurent und selbst der «Humanité»-Leitartikler René Andrieu – zeigte sich umsichtiger. Waldeck-Rochet zog auf dieser Oktoberkonferenz folgende «Bilanz»: «Garaudy bricht häufig die Organisationsprinzipien, gibt öffentliche Erklärungen in einer jugoslawischen Zeitung, die im Widerspruch mit der Parteilinie stehen. Diese Erklärungen wurden in zahlreichen bürgerlichen Zeitungen wiedergegeben.» Waldeck-Rochet gab noch einmal seiner «Hoffnung» Ausdruck, dass «Garaudy seine Haltung änderte, das heisst, dass er die Parteilinie, die Politik der Partei verteidigt.» Diese «Hoffnung» wurde bald enttäuscht. Garaudy hat unterdessen nicht nur die Haltung der KPF zu den tschechoslowakischen Ereignissen, sondern auch die neuen «Thesen» kritisiert. Daher seine Kaltstellung auf dem 19. Parteitag im Februar 1970.

Garaudy blieb mit seinem Protest und seiner Forderung im Politbüro allein. Auch der «Parteidichter» Louis Aragon hüllte sich in Schweigen, erreichte aber hinter den Kulissen, dass Garaudy eine «Galgenfrist» gewährt wird.

Der grosse «Parteidichter» gilt noch für viele französische Kommunisten als eine Art «Parteigewissen». Jahrelang befand auch er sich im stalinistischen Sumpf. Seit einigen Jahren beschritt er neue Wege. Die osteuropäischen Ereignisse und die französische Maikrise haben diesen Prozess beschleunigt.

Im Oktober 1969 verurteilte Aragon im kommunistischen Literaturblatt «Les Lettres Françaises» die letzten Vorgänge in der Tschechoslowakei als «Einführung des systematischen Denunziantentums als nationale Pflicht in einem sozialistischen Land.» Die «Lettres Françaises» befinden sich seit über einem Jahr in einem Kleinkrieg mit der sowjetischen «Literaturnaja Gazeta» und wurden mehrmals in Moskau verboten.

Problematischer Geburtstag

Die neue Generation kommunistischer Intellektueller ist in Frankreich von Zweifeln angenagt, von den Vorgängen in der Tschechoslowakei und anderen Ostblockländern, insbesondere aber auch von der

Entwicklung im benachbarten Italien erschüttert. Dabei geht es nicht nur um theoretische Differenzen, sondern um praktische Erfahrungen. Schliesslich haben die Pariser Vorgänge 1968 das eigentliche Wesen der KPF vor der ganzen Öffentlichkeit schlagartig enthüllt.

Die beiden Krisen greifen ineinander. Die beiden Oppositionen sind voneinander nicht scharf geschieden, sondern ineinander verschlungen. Beide fordern Redefreiheit und gründliche Diskussion. Die linksextreme und linksunabhängige Strömung geht dabei von konkreten französischen Erfahrungen aus und rebelliert gegen die KPF-Bürokratie. Die Reformkommunisten inspirieren sich von der tschecholslowakischen Erfahrung und betrachten Dubceks Programm als beispielgebend für einen eventuellen «französischen Sozialismus». Beiden Tendenzen widersetzt sich der führende KPF-Apparat mit den alten, bekannten Methoden.

Dr. Josef Jurt

Schule in Ungarn [1]

In Budapest angekommen, werden wir von einer Dozentin des ungarischen Zentralinstituts für Pädagogik empfangen. Das Institut spielt im nationalen Schulwesen eine bedeutende Rolle; hier wird wissenschaftliche, pädagogische Forschung betrieben, die Weiterbildung der Lehrer betreut, die Dokumente für Unterrichtsministerium ausgearbeitet. Unsere Referentin macht einen sicheren Eindruck, sie ist in ihrem Fach beschlagen, scheint auch westliche Fachliteratur zu kennen, ist aber dennoch unbedingt systemtreu. Die Präsenz der Frau an der Hochschule bedeutet keineswegs etwas aussergewöhnliches. Während in Ungarn 1920 jede fünfte Frau ungebildet war, machen die Mädchen heute 94 % der Absolventen der Lehrerseminare aus, 82 % der Pädagogischen Hochschulen, 64 % der Fakultäten der Medizin und 62 % der Rechtsfakultäten. 23 % aller Hochschuldiplome gehen an Frauen.

Die ungarische Schule vor dem Krieg

Unsere Professorin schildert zuerst die Ausgangslage der ungarischen Schule: Vor 1945 stand das Schulwesen nicht auf dem Weltniveau. Die Grundschule war in kleinere Schulen aufgesplittert, in staatliche, katholische, lutheranische, evangelische Lehranstalten. Dass dieses System das Elternrecht der freien Schulwahl gewährleistete, wird von der heutigen kollektivistischen Leitung nicht als Wert, sondern als ein Nachteil betrachtet. Aber man wird wohl zugeben müssen, dass die ungarische

[1] vgl. «Profil» 1/70, S. 48 ff.